

Klima & Energie

Beilage des STAATSANZEIGER - Wochenzeitung für Politik,



Verwaltung und Wirtschaft in Baden-Württemberg



Windkraft und Solarenergie sind wichtige Bausteine für eine klimaneutrale Energieversorgung. Foto: AdobeFirefly

Klima-Länd-Tage für Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Stuttgart. Bei den Klima-Länd-Tagen vom 18. September bis zum 8. Oktober stellen Kommunen, Initiativen und Unternehmen überall im Land Lösungen für eine klimafreundliche Zukunft vor. Die Palette ist breit: von Solarparks und Windkraftanlagen über Biomasse und Geothermie bis hin zu Flusswärmepumpen oder innovativen Bausystemen.

Wie kann ein klimafreundlicher Stadionumbau funktionieren? Und wie kann ein innovatives Holzbausystem zu mehr Nachhaltigkeit beim Bauen beitragen? Mit solchen Fragen befasst sich das Klima-Länd ebenso wie mit dem, was eigentlich jeder Einzelne in seinem Umfeld für Klimaschutz und Nachhaltigkeit tun kann. Nicht für umsonst lautet das Motto der Klima-Länd-Tage: Jede Tat zählt. Dabei geht es genauso um Reparieren statt Wegwerfen, um das Recycling von Handys oder das Anlegen von Grünflächen und Gemeinschaftsgärten. Die Klima-Länd-Tage finden im Rahmen der deutschen und europäischen Nachhaltigkeitstage statt. (sta)

Mehr zum Thema

Die Klima-Länd-Tage:
<https://klimalaend.de/>

Bundespläne könnten den Ausbau der Windkraft im Süden bremsen

Für eine klimaneutrale Energieversorgung muss die **Windkraft** in Süddeutschland ausgebaut werden. Doch der Ausbau könnte durch die Pläne der Bundesregierung für die EEG-Novelle ins Stocken geraten. Baden-Württemberg und Bayern kämpfen gemeinsam für Änderungen.

Von Stefanie Schlüter

Stuttgart. Der Windkraftausbau in Baden-Württemberg nimmt Fahrt auf: 234 Anlagen sind nach Angaben des Landes genehmigt, aber noch nicht in Betrieb, weitere rund 1300 Anlagen sind beantragt. Und auch in Bayern sehen

die Zahlen ähnlich aus. Doch noch sind die Anlagen nicht gebaut. Und ob sie das werden, hängt derzeit von der Bundesregierung und der Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes ab. Denn die Förderung, die Anlagenbetreiber pro Kilowattstunde erhalten – und damit auch die Rentabilität der Anlage – wird in Ausschreibungen bestimmt.

Dagegen hat man auch in Baden-Württemberg keine Einwände. Doch die Anlagen im Süden auf den Bergen sind kostenintensiver als Anlagen im norddeutschen Flachland. Hinzu kommt, dass sie nicht so ertragreich sind wie die Anlagen an der Küste und deswegen auch eine höhere Förderung benötigen. Deshalb fordern Baden-Württemberg und Bayern ein eigenes Ausschreibungssegment für den süddeutschen Raum, dann können sich auch hier die kostengünstigsten Anlagen in einem fairen Wettbewerb durchsetzen.

Verbände haben Rechtsgutachten beauftragt

Europarechtlich wäre ein solches Ausschreibungssegment für Süddeutschland möglich. Das haben die Rechtsanwälte der Kanzlei Kappellmann & Partner nun im Auftrag der Plattform Erneuerbare Energien (Plattform EE) Baden-Württemberg und dem Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) Bayern geprüft. Das Rechtsgutachten hat die beihilferechtliche Zulässigkeit eines Südsegments bewertet. Nach Angaben der Rechtsexperten stehen



Wir brauchen ein Südsegment beim Ausbau der Windkraft.

Jörg Dürr-Pucher,
Plattform Erneuerbare Energien
Baden-Württemberg

dem keine rechtlichen Bedenken entgegen. Derzeit fehlt für rund 55 Prozent der genehmigten Anlagen im Süden ein Zuschlag.

„Für die Stromversorgung im Süden wäre es fatal, wenn hier rund jede zweite Windenergieanlage wegbreicht, obwohl die Behörden schon ihr Go gegeben haben. Wirtschaft und Industrie haben fest mit diesen Strommengen geplant und sind darauf angewiesen, dass sie auch kommen“, unterstreicht Bernd Wust, Vorstandsmitglied im LEE Bayern. Auf Bayern und Baden-Württemberg entfallen mit 56 Prozent bzw. 63 Prozent die meisten genehmigten Projekte ohne Zuschlag.

„Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Wir brauchen das Südsegment“, sagt auch Jörg Dürr-Pucher von der Plattform EE in Baden-Württemberg. Eine leichte geplante Verbesserung im EEG bei den Ausschreibungen reiche nicht aus.

Windkraft war ein Grund für Standortwahl

Auch wenn die Verbändeanhörung längst abgeschlossen und der Kabinettsbeschluss gefasst ist, sehen die Erneuerbaren Verbände im Süden noch Chancen für eine Südausschreibung im EEG. Ende September erfolgt die erste Lesung des EEG-Entwurfs im Plenum des Bundestags, danach hoffen er an die Ausschüsse. „Wir hoffen, dass sich die Abgeordneten aus Bayern und Baden-Württemberg nachdrücklich für eine Südquote oder eine eigene Ausschreibung für Wind im Süden einsetzen werden. Sie wissen aus erster Hand, wie wichtig der Windausbau in ihren Heimatwahlkreisen ist“, sagt Dürr-Pucher. Auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und Baden-Württembergs Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) haben sich bereits für verbesserte Bedingungen beim Windkraftausbau ausgesprochen.

Wie wichtig der Windkraftausbau auch im Süden ist, zeigt das Beispiel der Schwarz-Gruppe, zu der die Handelsketten Lidl und Kaufland gehören und die seit Jahren auch im Bereich IT-Dienstleistungen unterwegs ist. Das Unternehmen will nun 5,6

Milliarden Euro in den Bau eines Rechenzentrums in Dummerstorf bei Rostock investieren, wie die Deutsche Nachrichtenagentur mitteilt. Ein Grund für die Standortwahl war die dort vorhandene Windkraft.

Und nicht allein für den Unternehmensstandort im Süden ist die Windkraft wichtig. Nach einer Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft würde der Ausbau der Windkraft im Süden zudem Kosten sparen. Sowohl beim teuren Netzausbau, der notwendig ist, um den Windstrom vom Norden in den Süden zu transportieren, als auch bei den Redispatchkosten. Diese Kosten fallen an, wenn Windkraftanlagen im Norden abgestellt werden müssen und gleichzeitig Kraftwerke im Süden hochgefahren werden müssen, um Engpässe zu beseitigen und das Stromnetz stabil zu halten. Allein hier geht es aktuell um 1,9 Milliarden Euro jährlich, die eingespart werden könnten, so die Ergebnisse der Studie.

Zugleich zeigt die Studie, dass der einseitige, marktgetriebene Ausbau der Windkraft in Norddeutschland energetisch wenig Vorteile bringt. Denn durch Abregelungen geht im Norden ein Großteil der zusätzlichen Energie verloren. Ein regional ausgewogener Ausbau bringe hingegen systemische Vorteile.

Mehr zum Thema

Interview mit Umweltministerin Walker im Staatsanzeiger:
<https://kurzlinks.de/Interview-Thekla-Walker>

Solarenergie ist weiter auf dem Vormarsch

Stuttgart. Beim Ausbau der Solarenergie liegt Baden-Württemberg bundesweit auf Platz zwei hinter Bayern. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 2000 Megawatt Photovoltaikleistung zugebaut. Die positive Entwicklung in Baden-Württemberg wirkt sich nach Angaben des Umweltministeriums auch auf die Wirtschaft aus: Über 2,3 Milliarden Euro wurden 2025 in PV-Anlagen und PV-Speicher investiert. Davon profitieren auch die Handwerksunternehmen. Weiter gestiegen ist vor allem der Ausbau der Freiflächen-Photovoltaik. Der Ausbau auf Hausdächern hingegen war im vergangenen Jahr leicht rückläufig. In den ersten Monaten dieses Jahres liegt der Ausbau bislang noch unter dem aus den Jahren 2024 und 2025.

Dennoch sind große Projekte in der Pipeline. So entsteht etwa in Weinstadt (Rems-Murr-Kreis) der größte Solarpark in der Region Stuttgart. Die Gemeinde mit ihren 27 000 Einwohnern will bis 2035 klimaneutral werden. Ein Baustein auf dem Weg ist der Solarpark, der auf dem 20 Hektar großen Gelände eines ehemaligen Jugendheims entstehen soll.

Und dabei hat Weinstadt nicht allein den Klimaschutz im Blick, sondern auch die Wirtschaftlichkeit. Gebaut wird die Freiflächen-solaranlage von den Stadtwerken mit finanzieller Unterstützung der Bürger. 1300 Mitglieder der Remstal Bürgerenergie haben Anteile im Wert von 6,5 Millionen Euro gezeichnet. Bürgermeister Michael Scharmann (Freie Wähler) spricht von einem „starken Signal aus der Mitte der Gesellschaft“. (schl)

EEG-Novelle

Die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes trifft Baden-Württemberg auch bei der Solarenergie. Umweltministerin Thekla Walker fürchtet, dass durch die geplante Direktvermarktung des Stroms - statt Einspeisevergütung - die Ausbaudynamik auf Haus- und Unternehmensdächern nachlassen könnte. Vor allem sieht sie die Voraussetzungen für eine Direktvermarktung noch nicht gegeben. Es fehlen digitale Stromzähler, Steuerbarkeit und flexible Stromtarife.



Wie sich das Land an den Klimawandel anpasst

Dieser Sommer war zum Teil von extremem Niedrigwasser in Flüssen, aber auch am Bodensee gekennzeichnet. Foto: dpa/Markus Keller

Mehr Grün und mehr Wasser in der Stadt, eine größere **Resilienz** bei der Wasserversorgung und der Einbau von Klimaanlagen an Schulen und Krankenhäusern hilft gegen Folgen des Klimawandels, der in diesem Sommer zu spüren war.

Von Stefanie Schlüter

Stuttgart. Die Folgen des Klimawandels zeigen sich längst. Für Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) ist es deshalb inzwischen eher „fünf nach zwölf“ als „fünf vor zwölf“. Es geht um Trockenheit, Hitze, Wassermangel und Niedrigwasser, aber auch immer wieder um Hochwasser und Starkregen. „Jedes einzelne Ereignis für sich genommen ist möglicherweise eines, das es so auch schon in der Vergangenheit gegeben hat. Aber die Zunahme der Ereignisse und ihre Intensivierung – das ist eindeutig, das hat etwas zu tun mit dem menschengemachten Klimawandel“, sagte Özdemir bei einer Pressekonferenz in diesem Sommer.

Eine Kostprobe, was der Klimawandel in Zukunft bedeuten kann, bekamen die Menschen in

Baden-Württemberg in diesem Sommer: Die Hitzewelle begann außergewöhnlich früh. Bereits am 23. Mai wurde der erste heiße Tag mit Temperaturen über 30 Grad registriert. Selbst auf dem Feldberg gab es tropische Nächte mit Temperaturen über 20 Grad. Der Deutsche Wetterdienst sprach für Baden-Württemberg vom wärmsten Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881. Es gab allein im Landesdurchschnitt rund 35 heiße Tage mit mindestens 30 Grad, an einzelnen Stationen sogar mehr

Hochwasser

Hochwasser und Starkregen sorgen im Land immer wieder für große Schäden. So hat etwa das Hochwasser an Pfingsten vor zwei Jahren im Rems-Murr-Kreis Schäden von rund 500 Millionen Euro verursacht. Kommunen werden deshalb auch bei Konzepten zum Starkregenrisikomanagement vom Land unterstützt. Zudem stellt das Land pro Jahr rund 80 Millionen Euro für den Hochwasserschutz an Landesgewässern bereit, 70 Millionen für kommunale Maßnahmen.

als 50. Die Folgen waren spürbar. So sprach das Robert-Koch-Institut von mehr als 3600 Menschen, die im Land an den Folgen extremer Hitze gestorben seien – mehr als in jedem anderen Bundesland.

Die Dürre hat auch die Landwirtschaft getroffen. Ernten fielen geringer aus, Futter für die Tiere fehlte, zum Teil brachten Landwirte ihre Tiere deshalb früher zum Schlachthof. Auch der Wald hat gelitten. Und die Pegel von Flüssen und Seen waren auf extrem niedrigem Stand, auch mit deutlichen Auswirkungen auf die Binnenschifffahrt und die Wirtschaft.

Zunahme von Hitzeereignissen erwartet

„Baden-Württemberg muss sich auch künftig auf häufigere und intensivere Hitzeereignisse einstellen“, sagt Umweltministerin Thekla Walker (Grüne). Neben Klimaschutz sei es deshalb wichtig, sich bestmöglich gegen die bereits spürbaren Folgen des Klimawandels zu wappnen. „Klimaanpassung ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und erhöht zugleich die Lebensqualität – etwa durch mehr Stadtgrün, entsiegelte Flächen oder Maßnahmen zum Schutz vor Hitze“, so Walker.

„**Klimaanpassung ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge.**“

Thekla Walker (Grüne),
Umweltministerin von
Baden-Württemberg

Das Land unterstützt Kommunen bei der Entwicklung von Hitzeaktionsplänen und dem Umbau zu mehr Grün und mehr Wasser in der Stadt. Mit dem Klimatlas des Landes stehen zudem Daten zur Verfügung, um besonders hitzebelastete Räume zu identifizieren und Anpassungsmaßnahmen zu planen. Dieser Sommer habe gezeigt „wie wichtig sowohl konsequenter Klimaschutz als auch eine vorausschauende Anpassung an die Folgen des Klimawandels für Baden-Württemberg sind“, so Walker.

Fachleute haben bereits vor mehr als zehn Jahren berechnet, was versäumter Klimaschutz die Volkswirtschaft kosten wird. Erste Beispiele spüren die Kommunen nun, wenn es um die Küh-

lung oder Klimaanlagen für Schulgebäude oder Krankenhäuser geht. Themen, die vielerorts selbst bei Neubauten noch nicht eingeplant wurden, wie etwa der Klinikneubau auf dem Pflugfeld in Böblingen zeigt.

Wie die Wasserversorgung 2050 gesichert werden soll

Anpassung ist auch bei der Wasserversorgung notwendig. Das Land hat mit dem Masterplan Wasserversorgung bereits die Trinkwasserversorgung einem Klimacheck unterzogen. Das ist die Grundlage für die Wasserversorger und die Kommunen für Pläne, wie die Wasserversorgung bis 2050 gesichert werden soll. Bereits heute haben drei Prozent der Kommunen ein Defizit bei der Deckung eines mittleren Wasserbedarfs, 2050 werden nach den Berechnungen 15 Prozent davon betroffen sein. Beim Spitzenbedarf weisen heute bereits 22 Prozent der Kommunen ein großes Defizit auf, bis 2050 werden dies 54 Prozent sein.

Deshalb erarbeiten Wasserversorger, Kommunen und Stadtwerke nun eine Zukunftsstrategie für eine sichere Wasserversorgung. Denn an ihr hängen auch die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen.

Klimaschutz ist im Land gesetzlich abgesichert

Stuttgart. In Baden-Württemberg ist der Klimaschutz bereits seit 2013 Gesetz. Seitdem gab es mehrere Novellierungen, zuletzt im Juli 2025. Zentrales Element des Gesetzes sind die Klimaschutzziele für 2030 und 2040. 2040 will das Land bereits die Klimaneutralität erreichen. Für den Weg dahin wurden CO₂-Ziele für die einzelnen Bereiche definiert.

Mit welchen Maßnahmen die Senkung des CO₂-Ausstoßes und anderer klimaschädlicher Gase wie etwa Methan erreicht werden sollen, ist im Klima-Maßnahmen-Register festgelegt. Hier kann auch mit weiteren Maßnahmen nachgesteuert werden. Den Stand zur Erreichung der Ziele überprüft der Klima-Sachverständigenrat, ein Gremium aus unabhängigen Experten. Diese hatten dem Land zuletzt bescheinigt, hinter seinen Zielen hinterherzuhinken. (schl)

Klimaschutz stützt sich auf Gesetze und Abkommen

Stuttgart. Klimaschutz ist kein Selbstzweck. Im Pariser Klimaabkommen haben sich die Staaten darauf verständigt, alles zu tun, um die Klimaerwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen, möglichst sogar auf 1,5 Grad Celsius. Gelingt das nicht, so die Modelle und Berechnungen der Wissenschaftler, dann werden die Schäden für die Volkswirtschaft, Natur und Menschen noch sehr viel größer.

Die Klimaschutzziele Baden-Württembergs orientieren sich an diesem Abkommen sowie an den ebenfalls daraus entwickelten EU-Vorgaben und den Zielen des Bundes. Die EU will die Klimaneutralität bis 2050 erreichen, der Bund bis 2045. Baden-Württemberg hat sich die Zielmarke 2040 gesetzt. Und das nicht ohne Grund: Baden-Württemberg ist von der Klimaerwärmung stärker betroffen als andere Regionen. Und es gehört zu den Gründungsmitgliedern der „Under-2-Coalition“, einem Zusammenschluss von Regionen, die den Klimawandel auf unter zwei Grad begrenzen wollen. (schl)

Fördermittel des Landes für die Klimaanpassung

Stuttgart. Wenn Bürgermeister und Gemeinderäte beschließen, ihre Stadt besser auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten, können sie Fördermittel vom Land bekommen. Möglich ist das über das Programm Klimopass. Es wurde im vergangenen Herbst neu aufgelegt und hat den Fokus auf Kommunen und die Anpassung an den Klimawandel.

Hintergrund ist, dass die Kommunen nach dem Klimagesetz des Landes Klimaanpassungskonzepte entwickeln müssen. Nicht allein das Erstellen dieser Konzepte wird beim Umweltministerium gefördert, sondern auch die Umsetzung. Denn was bringen schöne Pläne in der Schublade? Mit Klimopass können zum Beispiel Schwammstadtmaßnahmen gefördert werden. Dazu zählen Dach- und Fassadenbegrünung, Entsiegelung, Baumpflanzungen oder auch Zisternen, die Wasser sammeln. (schl)

Mehr zum Thema

Infos zum Förderprogramm Klimopass:
<https://kurzlinks.de/foerderprogramm-klimopass>

Mit Green Tech Geld den Klimaschutz vorantreiben

Mit Klimaschutz, erneuerbaren Energien, Abfallrecycling und Umwelttechnik verdienen Unternehmen Geld

Stuttgart. Dass Klimaschutz, erneuerbare Energien und Umwelttechnik nicht nur Dinge sind, die man macht, wenn genügend Geld vorhanden ist, sondern dass man damit auch richtig Geld verdienen kann, zeigt die Green Tech Branche im Land. Denn auch wenn die Wirtschaft in Teilen derzeit schwächelt und einbricht, Green Tech wächst, wie die jüngste Studie der Landesagentur Umwelttechnik zeigt. „Die Innovationen von heute sind die Exportschlager von morgen“, ist Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) überzeugt.

Rund 205 200 Menschen arbeiten inzwischen in Baden-Württemberg in diesem Bereich. Zum Vergleich: Im Maschinenbau sind 302 500 Menschen beschäftigt, in der Elektroindustrie 210 300 und im Fahrzeugbau 232 200. Die Green-Tech-Branche trägt mit 4,3 Prozent zur Bruttowertschöpfung des Landes bei. „Mit dem

Schutz von Umwelt, Klima, Wasser, Luft und Böden lässt sich Geld verdienen“, sagt Umweltministerin Thekla Walker (Grüne).

Green Tech ist kein Nischenfeld mehr

Die Green Tech-Palette ist breit gefächert. Solar- und Windkrafthersteller zählen ebenso dazu wie Unternehmen, die Lösungen erarbeiten, wie die Industrie mit weniger Energie und Ressourcen bessere Ergebnisse erzielen kann oder auch Möglichkeiten, Seltene Erden zurückzugewinnen und unabhängiger von Importen zu werden.

„Green Tech ist schon lange kein Nischenfeld mehr. Wir müssen alles daran setzen, dass unsere Unternehmen an diesem Markthochlauf, der weltweit passiert, teilhaben“, sagt Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU), für die diese Bran-

che auch neue Möglichkeiten für etablierte Unternehmen bietet. Nach einer Forsa-Umfrage im Auftrag des TÜV-Verbands sehen knapp 60 Prozent der Unternehmen großes Potenzial für Deutschland, für eine führende Rolle bei Green Tech. Und Green

Tech kann auch für Automobilzulieferer Chancen bieten. So berichtet Hoffmeister-Kraut etwa vom Zulieferer Klinger, der sich neue Felder im Bereich der Batterie- und Brennstoffzellentechnologie erschließe. Und das Unternehmen Schmalz aus dem



Foto: dpa/Caro J Kaiser



Ein Drittel des Energieverbrauchs fließt in Gebäude und Wärme

Der Wärmesektor spielt eine zentrale Rolle für die **Klimaneutralität** in Baden-Württemberg. Doch um die Wende im Heizungskeller zu erreichen, muss noch viel getan werden. Ein erster Schritt waren die Wärmepläne der Kommunen. Nun kommt es auf die Umsetzung an.

Von Stefanie Schlüter

Stuttgart. In Baden-Württemberg dominiert die Gasheizung. Über 40 Prozent der Wohngebäude werden noch mit Gas geheizt, so ein Überblick des Bundesverbands der Energie und Wasserwirtschaft. An zweiter Stelle mit 20 Prozent liegt die Ölheizung. Die Wärmepumpe beheizt mehr als fünf Prozent der Gebäude, mit knapp 5 Prozent sind Holz- und Pelletzentralheizungen vertreten. Nah- und Fernwärme kommt auf ähnliche Werte.

Die Zahlen zeigen: Damit das Land klimaneutral werden kann, muss im Heizungskeller im Gebäudebestand noch viel passieren. Das Land hat deshalb frühzeitig die Großstädte und die Großen Kreisstädte verpflichtet, Wärmepläne aufzustellen. Und auch viele kleine Gemeinden haben sich bereits auf den Weg gemacht, bevor der Bund eine entsprechende Verpflichtung ausgesprochen hatte. Nun geht es an die Umsetzung. In zahlreichen



Die Wärmepumpe ist eine Möglichkeit für die Wende im Heizungskeller. Foto: dpa/Frank Hoermann / SVEN SIMON

Kommunen werden etwa für dicht bebaute Innenstädte Wärmenetze geprüft oder teilweise bereits gebaut. Doch der Bau von Wärmenetzen ist teuer. Sie rechnen sich vor allem in dicht bebauten Gebieten mit großen Ankernkunden, wie etwa Schulen oder ein Schwimmbad. Vorausgesetzt, es finden sich dort auch genügend Hausbesitzer, die bereit sind, sich an ein Wärmenetz anschließen zu lassen.

Überall dort, wo es kein Wärmenetz gibt oder ein solches in Planung ist, sind die Hausbesit-

zer gefordert. Zwar können sie nun durch das Anfang des Jahres geänderte Gebäudeenergiegesetz (GEG) des Bundes auch wieder neue Gasheizungen einbauen, doch das rechnet sich für die Hausbesitzer in der Regel nicht.

Die Gasheizung kann teuer werden

Denn auch wenn die Kosten für eine Gasheizung niedriger sind als für eine Wärmepumpe oder den Anschluss an ein Wärme-

netz, wird es in den kommenden Jahren teuer: Der CO2-Preis steigt, die Abhängigkeit von Importen und zunehmend durch Krisen geprägte Weltmarktpreise verteuern Gas. Hinzu kommt, dass Vermieter, wenn sie eine neue Gasheizung einbauen, ab 2029 einen Teil der CO2-Kosten und der Netzentgelte für ihre Mieter mit übernehmen müssen.

Baden-Württembergs Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) sieht in der in diesem Jahr beschlossenen Gesetzesnovelle aus dem Haus von Bundeswirt-

schaftsministerin Katharina Reiche (CDU) einen Vertrauensbruch gegenüber Verbrauchern, Handwerk und Kommunen. Denn sie fürchtet, dass für das Handwerk das Geschäft mit neuen Heizungen dadurch absehbar wegbrechen könnte. Auch die Wärmeplanungen der Kommunen und der Bau von Wärmenetzen könnte sich nicht mehr ohne Weiteres umsetzen lassen.

Energetische Sanierung bei Gebäuden

Hinzu kommt, dass für die notwendige Wärmewende und eine Umstellung auf neue Heizsysteme wie etwa die Wärmepumpe auch die energetische Sanierung vorangebracht werden muss. Denn nicht jedes alte Gebäude eignet sich ohne Weiteres für eine Wärmepumpe. Um den Einsatz des Stroms möglichst effizient zu gestalten, müssen viele Gebäude im Land erst mal energetisch saniert werden. Heute verursachen die Gebäude nach Angaben des vom Umweltministerium geförderten Programms „Zukunft Altbau“ ein Drittel des Energieverbrauchs im Land. Zukunft Altbau und regionale Energieagenturen beraten die Hausbesitzer zur Sanierung und dem passenden Heizsystem.

Mehr zum Thema

Weitere Informationen:
www.zukunftaltbau.de

73 Unternehmen gehören dem Klimabündnis an

Stuttgart. „Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze“, sagte Umweltministerin Thekla Walker, als sie in diesem Sommer sieben neuen Unternehmen die Urkunde für die Teilnahme am Klimabündnis BW übergab.

Unternehmen und Umweltministerium schließen im Klimabündnis Klimaschutzvereinbarungen. Darin werden konkrete Maßnahmen festgelegt, wie die Unternehmen ihre Klimaschutzziele erreichen wollen. Das Ziel: die Treibhausgasemissionen und der Energieverbrauch der Unternehmen soll gesenkt werden. 73 Unternehmen im Land gehören dem Klimabündnis BW inzwischen an. (schl)

Land fördert Energiefahrpläne für Unternehmen

Stuttgart. Bis zum 15. Dezember können Unternehmen noch eine Förderung für die Erstellung von Energiefahrplänen beantragen. Im April hat das Land das neue Förderprogramm „EnergizeBW“ aufgelegt.

Mit der Förderung sollen Unternehmen vor allem bei Energiefahrplänen unterstützt werden, die die konkreten Potenziale zur Energieeinsparung, zur Nutzung von Abwärme, zur Wärme- und Kältegewinnung für Produktionsprozesse sowie für Stromproduktionspotenziale und Speichermöglichkeiten systemisch gemeinsam untersuchen und für die Umsetzung vorbereiten. (sta)

Anzeige

Wir sind auf dem Landwirtschaftlichen Hauptfest in Stuttgart!

Halle 3 - Stand 132

Hybrid-Solarparks für regionale Wertschöpfung & Netzstabilität - Warum sich jetzt die Verpachtung der eigenen Fläche lohnt.

Der Bedarf an Strom und damit auch an erneuerbaren Energien wächst stetig. Dabei bietet sich eine attraktive Möglichkeit für Flächeneigentümer: Mit der Verpachtung einer Fläche für einen Solapark lässt sich das eigene Einkommen diversifizieren, die ungenutzte Fläche wertvoll einsetzen und ein individueller Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten. „Bei unseren Solarpark-Projekten sind wir durchgehend fester Ansprechpartner“, erklärt Markus Buortesch, Geschäftsführer der Firma Greenovative. „Vom ersten Kontakt mit dem Grundstückseigentümer, über die Projektplanung bis hin zum Bau und Betrieb der Anlage sind wir zuständig und erreichbar.“

Besteht grundsätzliches Interesse an der Verpachtung für eine Freiflächenphotovoltaik-Anlage, prüft das Unternehmen im ersten Schritt unverbindlich die entsprechende Eignung der Fläche. Anschließend folgen die Planung und Entwicklung eines Solarparks unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben für Genehmigung, Natur- und Artenschutz.

Um Abregelungen in den stromreichen Mittagsstunden vorzubeugen, plant Greenovative alle Solarparks standardmäßig hybrid, sprich mit Batteriespeicher. Diese speichern den sauberen Strom und geben ihn zu einem späteren Zeitpunkt bedarfsgerecht ins Netz ab. Dabei ist bei Eignung der jeweiligen Fläche auch Agri-PV möglich: Ein Modell, welches die Solarstromerzeugung mit der landwirtschaftlichen Nutzung des Grundstückes vereinbart.

Durch die finanzielle Beteiligung von Kommunen nach §6 EEG partizipiert auch die Standortgemeinde von einem Solarpark vor Ort. Seit rund acht Jahren bietet Greenovative außerdem digitale Bürgerbeteiligungen an und agiert damit als langfristiger Partner der Region. Um deutschlandweit den Ausbau von großen Photovoltaikanlagen und somit die Energiewende voranzutreiben, verfügt Greenovative über Standorte in Nürnberg, Stuttgart und Oldenburg.

Sie haben Flächen? Lassen Sie diese unverbindlich prüfen!

0911/131374-70
solarpark@greenovative.de
www.greenovative.de

N Nachhaltig handeln
Jede Tat zählt!

Eine Initiative von

Baden-Württemberg

Jede Tat zählt!

**KLIMA.
LÄND
.TAGE**

**18.09. bis
08.10.26**

Mitmachen

Zeigen Sie Ihr Engagement für Klimaschutz, Energiewende und Nachhaltigkeit mit einer eigenen Aktion im Rahmen der KLIMA.LÄND.TAGE. Jede Tat zählt!

Erleben

Der Veranstaltungskalender bietet eine perfekte Übersicht über all die inspirierenden Aktionen, bei denen Interessierte teilnehmen oder selbst aktiv werden können.

Jetzt mitmachen oder Aktionen entdecken:
klimalaend.de/klimalaendtage



Energiewende – made in THE LÄND.

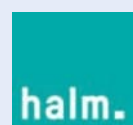
MACHE, NET SCHWÄTZE.

- Weil E-Autos und Wärmepumpen so viel effizienter mit Energie umgehen als Öl, Gas oder Kohle, wird die Energiewende unseren Energiebedarf mehr als halbieren.
- Deshalb – und weil Wind- und Sonnenstrom in der Erzeugung inzwischen konkurrenzlos günstig sind – sparen wir mit der Energiewende weltweit jährlich rund 10 Billionen Euro allein bei den Kosten für Strom, Heizung und Mobilität ein.
- Bereits die aktuelle PV-Technologie ist reif genug, um die Energiewende kostengünstig und sozialverträglich umzusetzen – wir können und müssen sie schnell ausbauen.

Genau dazu tragen wir am ISC bei, wir forschen an Solarzellen, Modulen und Produktionstechnologien für die industrielle Anwendung. Mit unserem Know-how bringen wir Forschung, Maschinenbau und Industrie – insbesondere auch aus dem Ländle – zusammen.

- Für die Energie von morgen.
- Für eine starke Solarindustrie in Europa.
- Für Rohstoffunabhängigkeit und einen intelligenten Ressourceneinsatz.
- Für eine Energiewende, die funktioniert.
- Für die Lebensgrundlagen künftiger Generationen.

ISC-Partner und Unterstützer der #transformation



Transforming Ideas
Automate, Digitalize & Connect

ISC Konstanz bedankt sich beim
Ministerium für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft für die
finanzielle Unterstützung.



Studien zu den Fakten und weitere Infos:
www.isc-konstanz.de